u-asta-Referat *„Politische Bildung“*

Mit verschärfter Konkurrenz dem Denken Beine machen:
Kürzungen der Uni-Haushalte, Studiengebühren, Elite-Universitäten:

So bewirtschaftet der Staat die Ressource Bildung.

Der Staat spart –
Er streicht Leistungen seiner Einrichtungen für die Bürger und verlangt ihnen größere Dienste für seine Staatskasse ab. Da geht es den Unis und ihren Mitgliedern nicht anders als all den anderen Bürgern, an denen der Staat spart: Im Interesse seiner finanziellen Handlungsfreiheit bekommen die Studierenden verschlechterte Bedingungen serviert und sollen bald happige Gebühren fürs Studium entrichten.
Der bundesweite Protest dagegen zeugt von einem gediegenen Selbstbewusstsein der Jungakademiker: Mag die Regierung sparen, woran sie will, an der Bildung darf, ja kann sie gar nicht sparen. Damit würde sie nur sich selbst, Deutschland, der internationalen Konkurrenzfähigkeit des Standorts schaden; allem eben, worauf es in dieser Nation ankommt. Mit der Parole „Unsere Bildung – Eure Zukunft“ pocht der Nachwuchs auf seine Unersetzlichkeit als Ressource für den Konkurrenzkampf der Nation. Eine so wichtige Produktivkraft, meinen die Studenten, könne der Staat doch nicht so schlecht behandeln wie andere Sozialfälle. Da täuschen sie sich aber gewaltig. Es ist gerade ihre Rolle als Ressource der Nation, die sie zu spüren bekommen. Wissen spielt in dieser sogenannten „Wissensgesellschaft“ nämlich eine schäbige Rolle: Es ist Hilfsmittel in der Konkurrenz der Kapitale, interessiert nur dann und nur so, wie es dafür taugt: Im Sinn ihrer rentablen Verwendung haben ausgebildete Leute zum rechten Zeitpunkt zur Verfügung zu stehen, mit viel Einsatzbereitschaft und möglichst ohne Pausen zu funktionieren, sie haben zweitens ohne viel Aufhebens auch wieder abzutreten, wenn das Kapital für ihre Kenntnisse keine Nachfrage mehr hat, - und sie haben billig zu sein. Erstens für den Staat, was die Herstellung ihrer Qualifikation betrifft, und zweitens für den Arbeitgeber, der aus dieser Qualifikation schließlich seinen Profit machen will.

Weil es Ressource des Kapitals ist, wird Wissen sparsam ausgeteilt und großzügig weggeworfen.

Insgesamt wird das Wissen dem Volk sehr sparsam verabreicht: Keineswegs sollen alle Leute möglichst viel lernen und wissen, damit sie gut unterrichtet am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, vernünftige Interessen bilden und die zweckmäßig durchsetzen. Jede Menge dummer Kerle sind unserer „Wissensgesellschaft“ gerade recht – für die Rolle als anspruchslose Arbeitskräfte, für die sie vorgesehen sind, brauchen sie nicht allzu viel Kenntnisse. Der Staat, der den Bedarf nach der Ressource „billige Arbeit“ bedient, organisiert das Lernen als einen Selektionsprozess, in dem darüber entschieden wird, wie wenig oder wie viel der einzelne lernen darf. Je nachdem, wie leicht sich einer mit den Anforderungen tut und in der schulischen Konkurrenz vorankommt – je weniger Hilfe und Förderung er also braucht, desto mehr bekommt er, desto länger darf er höhere und hohe Schulen besuchen. Umgekehrt werden diejenigen, die mehr Zeit und Hilfe bräuchten, um sich Wissen anzueignen, früh von weiterer Bildung ausgeschlossen – so dass halber und ganzer Analphabetismus zu den normalen Resultaten der freiheitlichen Schulbildung gehören. Den relativ wenigen Absolventen höherer Schulen steht die ziemlich unwissende Masse gegenüber – und das Größenverhältnis beider Kollektive wird in Bildungsreformen immer wieder dem tatsächlichen Bedarf der Nation angepasst, der sich am Arbeitsmarkt herausstellt.
Der Bedarf des Kapitals entscheidet auch darüber, was überhaupt als wissenswertes Wissen gilt: Mancher mag manches gelernt haben. Ob er damit eine „Qualifikation“ besitzt, liegt nicht an seinem Wissen, sondern am Interesse, das Arbeitgeber nach ihren Kalkulationen daran fassen. Ständig wird jede Menge Wissen entwertet, weil das Geschäft nicht im erwarteten Umfang wächst, sich auf andere Felder verlagert, oder

Kenntnisse durch ihre Objektivierung in neuer Technik überflüssig werden. Vor ein paar Jahren waren Informatiker so dringend gesucht, dass man Inder zu importieren wünschte, heute sind diese zusammen mit deutschen Absolventen arbeitslos. Ihr Wissen ist keine Ressource, weil das Kapital es nicht braucht. Ansprüche, die einmal mit Schulabschlüssen und akademischen Graden verbunden waren, werden von der Arbeitslosenverwaltung beschleunigt abgewertet: Auch Lehrer und Ingenieure, wenn sie nicht binnen höchstens eines Jahres die Nützlichkeit ihrer Kenntnisse für Staat und Wirtschaft beweisen, d.h. wieder eine Anstellung finden, müssen „jede legale Arbeit“ annehmen und sich für Dumpinglöhne ausbeuten lassen – ihr nutzloses Wissen können sie für sich behalten. Der schöne Politikerspruch, dass Bildung nie so wertvoll war wie heute, ist der reinste Zynismus. Gewiss, ohne gute Ausbildung hat man am Arbeitsmarkt keine Chance, erstens überhaupt eine Anstellung zu finden und zweitens damit auch noch ein ordentliches Einkommen zu erzielen. Mit Ausbildung aber ist nichts entschieden: Sie ist ein zu nichts verpflichtendes Angebot an die Herren Arbeitgeber.

Hochschulreform heute: Die Produktion der Ressource wird ihrem aktuellen Zweck angepasst

Bildungspolitiker betrachten das Sparen, das sie den Universitäten aufzwingen, und die Studiengebühren, die sie den Studenten abknöpfen, nicht als bedauerliche Folgen leerer Staatskassen, sondern als wünschenswerte Hebel für „längst fällige Reformen“. Geldnot soll die Institution und die Studenten zu der Sorte Vernunft zwingen, die der Staat von seinen Bildungseinrichtungen sehen will. Rückblickend erscheint den Politikern das kostenlose Studium und der Beamtenstatus der Lehrenden wie eine Einladung zur Faulheit. „Zu wenig Konkurrenz“, „zu wenig Zwang zur Leistung“, „zu lange Studienzeiten“, „zu wenig ökonomische Effektivität“! Die Institution, die Lehrende und Lernende von der Konkurrenz ums Geld ein Stück weit freigesetzt hat, damit sie Wissen erarbeiten und sich aneignen, gilt ihnen als eine Fehlentwicklung, ein unkapitalistischer Fremdkörper in unserer besten aller Welten. Studenten sollen billiger und schneller studieren, jünger in die Berufe oder in die Arbeitslosigkeit drängen. Wissenschaftler sollen mehr Forschungsergebnisse liefern, sie schneller der Industrie verfügbar machen und in Produkte umsetzen. Und was führt all diese Leistungen zuverlässiger herbei als konsequenter Zwang durch mehr Konkurrenz? Bildungspolitikern ist es selbstverständlich, dass Professoren mehr Wahrheiten herausfinden und mehr Wissen ausspucken, wenn man sie nur gehörig unter Druck setzt: Sie sollen „evaluiert“, einem Leistungsvergleich ausgesetzt und mit Leistungslöhnen bezahlt werden; ansonsten haben sie den Wert ihres Nachdenkens durch „Drittmittel“ zu beweisen, die sie bei den Konzernen einwerben können und mit denen diese ihr Interesse an besagter Forschung dokumentieren. Studenten sollen durch den Schuldenberg, den sie im Lauf ihrer Lehrjahre anhäufen, klug werden und schneller studieren, damit ihr Studium den Staat weniger kostet und sich zugleich das Verhältnis von „unproduktiver“ Ausbildungszeit zugunsten der „produktiven“ Benutzungszeit durch den Arbeitgeber verschiebt. Wer früher arbeitet, arbeitet – sofern das Kapital es will – länger und kostet weniger. Derselbe Schuldenberg wird andere Studierwillige darüber belehren, dass es besser ist, gar nicht zu studieren, wenn das Studium sich nicht als absehbar lohnende Investition ins eigene „Humankapital“ kalkulieren lässt. Da wird die Kapazitätsüberlastung der Unis gleich ein wenig kleiner und der Platz in Seminaren, Labors und Bibliotheken ein wenig größer ausfallen. Auch so lassen sich Studienbedingungen verbessern!

Bildungsreform heute ist so etwa das Gegenteil dessen, was vor 40 Jahren unter diesem Namen bekannt wurde: Auch damals war die Staatsmacht mit den Leistungen der Intelligenz unzufrieden. Kaum zwei Jahrzehnte nach Ende des Weltkriegs legte Westdeutschland einen kometenhaften Aufstieg als Exportnation hin und begann, sich mit der ökonomisch weit überlegenen Siegernation zu vergleichen. Pro Altersjahrgang hatte man hierzulande sehr viel weniger Abiturienten und noch weniger Studierte als die USA – und so legte man sich per Vergleich die Auffassung zu, dass mehr akademisch gebildete Arbeitskräfte das Leistungspotential der Nation noch mehr heben müssten. Damals hieß es, „Bildungsreserven ausschöpfen“ – und mit einer Menge Geld, das der Staat in den Ausbau von Gymnasien und Universitäten steckte, gelang es ihm ohne weiteres zu beweisen, dass viel mehr Menschen „begabt“ sind, als man vorher gedacht

hatte. Auch heute ist die Staatsführung unzufrieden mit der Ausbeute der Ressource Wissen – allerdings aus einem umgekehrten Grund: Einerseits lässt die ökonomische Konkurrenzleistung der nationalen Wirtschaft zu wünschen übrig, andererseits laboriert der Standort gar nicht mehr an einem „technological gap“ – an einer „technologischen Lücke“ – gegenüber den USA; weder gibt es ent-scheidende Felder des Wissens, die unzureichend beackert sind und erschlossen werden müssten, noch schafft die Wirtschaft in wachsender Zahl Verantwortungsposten, für die man sich akademisch gebildete Arbeitskräfte als passende Besetzung wünscht. Heute ist alles im Überfluss da: Viele Millionen Arbeitslose aller Ausbildungsniveaus beweisen, dass es mehr als genug arbeitsame Dummköpfe, mehr als genug durchschnittlich und höher Ausgebildete, mehr als genug Unis, Forscher, Forschungs-einrichtungen gibt. Und alle leisten sie nicht, was die Nation bräuchte: Mehr Profit fürs Kapital, mehr Wachstum, mehr Attraktivität des Standorts für internationale Geldanleger. In wahnhafter Überschätzung erklären die politischen Verwalter des Kapitalstandorts *eines der vielen* Mittel der kapitalistischen Konkurrenz – Wissen – *zum entscheidenden Grund für Erfolg und Misserfolg*, lasten dem Bildungssektor Krise und Wachstumsschwäche des Kapitals an und versprechen sich von seiner Korrektur den zukünftigen deutschen Erfolg auf dem Weltmarkt. Ohne dass die Experten bestimmte Defizite der akademischen Bildung anzugeben wüssten, steht daher fest: Der ganze Sektor leistet einfach zu wenig – für das Geld, was er kostet; und er kostet zu viel für das, was er leistet. Reform heißt nicht wie einst: Mehr Schulen, Unis, mehr Freiräume fürs Lernen und Forschen, damit der Staat jedem möglichen Wachstumsbedarf des Kapitals das passende menschliche und wissenschaftliche Angebot machen kann. Reform heißt jetzt: Für das Geld, das der Staat ausgibt, und in den Einrichtungen, die er längst geschaffen hat, mehr Leistung erzwingen. Und zwar durch eine dauernde ökonomische Gefährdung des erreichten Status auf Seiten der Wissenschaftler und durch mehr schuldenbedingten Zwang zum Erfolg auf Seiten der Studenten.

Das hat noch gefehlt: Elite-Universitäten

Wenn sich der Kanzler „Elite-Universitäten, die sich mit Harvard und MIT messen können!“ wünscht und sein Generalsekretär „deutsche Nobelpreisträger“ fordert, dann nehmen sie davon nichts zurück. Im Gegenteil, sie bekennen sich sehr offen zu der Rolle, die das Wissen als Ressource für die kapitalistische Nation spielt. Erstens enthält der Ruf nach Elite einige Verachtung für die Massenuniversität und ihren menschlichen Output. Von den normalen Studenten und Akademikern gibt es offenbar genug und von ihnen erwartet man auch nichts anderes als das, was die ohnehin bringen und was sie in Zukunft nur schneller und billiger zu erbringen haben. Unzureichend finden sie die Massenuniversität, weil sie „Mittelmaß“ hervorbringt und nicht die Spitzenleistungen, von denen Wohl und Wehe der Nation angeblich abhängen. Das Spitzenwissen, so die zweite Auskunft, müssen gar nicht viele Leute wissen; eine oder ein paar Elite-Schulen im Land genügen. Drittens nämlich kommt es bei dem Spitzenwissen vor allem darauf an, dass „wir“ es in Deutschland haben – und andere Nationen nicht. Ausgerechnet Wissen, ein allgemeines Produkt geistiger Arbeit, das, wenn es einmal herausgefunden ist, immer wieder angewendet werden kann, ohne dass der zweite, dritte vierte Anwender dem Entdecker etwas wegnimmt; ausgerechnet Wissen nützt imperialistisch gesehen nur, wenn eine kapitalistische Nation es exklusiv und gegen andere besitzt. Allgemein verfügbares Wissen, von dem immerhin der Wirkungsgrad der Arbeit, die Fähigkeit, Krankheiten zu heilen und vieles mehr abhängt, ist kapitalistisch wertlos. Nur der *Wissensvorsprung* nützt den Konzernen und Nationen in ihrer Konkurrenz. So ein exklusives Wissen, das Deutschland gegen andere stark macht, will Schröder züchten, indem er ins Bildungswesen noch eine Selektion und noch eine neue Ebene des Ranges und der finanziellen Ausstattung einbaut, um das Wissenschaftler wie Studenten konkurrieren dürfen. Und schon wieder kennt er keinen Zweifel daran, dass Geld und die Ehre, Mitglied einer Eliteuniversität zu sein, dem Verstand der Forscher und dem Verständnis der Studiosi schon Beine machen werden.

Nicht nur Studiengebühren wirken als „sozialer Numerus clausus“ – Der ganze Bildungssektor ist einer!

Wenn das Studium durch Studiengebühren mehr noch als bisher zum ökonomischen Risiko wird, entscheidet der finanzielle Hintergrund der Familie, aus der ein Student kommt, mehr noch als bisher darüber, ob er das Risiko eines Studiums eingehen kann und will. Selbstverständlich werden Kinder aus einkommensschwachen Schichten verstärkt von wissenschaftlicher Ausbildung und darüber von den angenehmeren Berufen und Einkommen ausgeschlossen. Bildungspolitiker stehen auf dem Standpunkt, dass Leute, die das finanzielle Risiko nicht tragen wollen, ohnehin nicht mit der rechten ökonomischen Motivation studieren, also auf der Universität auch nichts verloren haben – es sei denn, ihr Vater kann sich den Luxus eines womöglich nicht zielgerichteten Studierens oder nicht verwertbaren Wissens leisten.

Allerdings kommt der auf Demonstrationen vorgetragene Protest gegen den neuen „sozialen NC“ etwas spät, wenn der erst beim Zugang zum Hochschulstudium bemerkt wird. Von der Grundschule an ist der gesamte Wissenserwerb dem Zweck der Selektion untergeordnet. Überall sollen die Besten herausgefunden und weiter gefördert, die anderen auf diverse mittlere Schulen verteilt und die Übrigen von allem, was über Elementarbildung hinausgeht, ausgeschlossen werden – und das in etwa den Proportionen, die der nationale Kapitalismus nachfragt. Da ist es kein Zufall, dass sich durch die Schule an den Kindern in etwa die Klassenlage ihrer Eltern reproduziert. Wie sollte es auch anders sein, wenn Kinder rücksichtslos gegenüber der materiellen Ausstattung ihres Elternhauses und der Vorbildung, die sie von dort mitbringen, zum Zweck der Selektion einem einheitlichen Leistungsvergleich in Sachen Wissenserwerb unterworfen werden. Das ist eben die Gerechtigkeit einer Wirtschaftsweise, die viele dumme Menschen für schlecht entlohnte einfache Arbeiten braucht und relativ dazu wenige andere für deren Anleitung und Überwachung, sowie für anspruchsvollere Tätigkeiten. Das ist im übrigen der Skandal – und nicht der Umstand, dass bei der Verteilung der Menschen auf die miesen und die besseren Posten nicht perfekte Chancengleichheit herrscht.

Quelle: GEGENSTANDPUNKT VERLAG

Wer Lust hat diese Thesen zu diskutieren und über Lösungen nachzudenken, ist zu einer Veranstaltung mit dem Thema

Wie der Staat den „Rohstoff Geist“ bewirtschaftet

des Referats „Politische Bildung“ eingeladen:

Mittwoch, 21.01.04, um 19:00Uhr
im KGII, R 2004

u-asta-Referat „*Politische Bildung*“
www.politischebildung.net